



ödp-Stadträtin Elke März-Granda vor dem Mastbetrieb, der künftig im Wasserschutzgebiet Schloßberg stehen wird.

Plötzlich liegt die Mastanlage in einem Wasserschutzgebiet

**Behörden brauchten
zehn Jahre für die
Ausweisung des
Schutzgebietes,
derweil wurde ein
Saustall gebaut**

Von Tobias Griebner

Landshut/Kumhausen. Im Frühsommer soll die Ausweisung des neuen, dann deutlich größeren Wasserschutzgebietes Schloßberg erfolgen. „Endlich“, sagt Elke März-Granda. Schließlich habe die Umsetzung zehn Jahre gedauert. Die ödp-Stadträtin weiter: „Jetzt liegt eine gro-

ße Schweinemastanlage im Schutzgebiet. Bei einem schnelleren Verfahren hätte man womöglich die Anlage in diesem Bereich verhindern können.“

Denn: Die Stadt Landshut war mit einer Klage gegen die Mastställe vor Gericht gescheitert. Elke März-Granda zum Wochenblatt: „Bei einem zügigeren Verfahren, sprich wenn das Schutzgebiet bei der Klage der Stadt gegen die Mastställe schon Bestand gehabt hätte, hätten wir damals einen besseren Stand vor Gericht gehabt.“

Sie fügt an: „Trinkwasser ist schließlich unser höchstes Gut.“ Und der Tiefbrunnen in Schloßberg diene als Notbrunnen für den Flachbrunnen Siebensee,

der bei Hochwasser abgeschaltet werde. Deshalb müsse das Gebiet in Schloßberg besonders geschützt werden.

„Momentan befindet sich Landshut im Vergleich zum Landkreis noch auf einer Insel der Glückseligkeit, was die Nitratwerte im Trinkwasser betreffen. Viele umliegende Gemeinden müssen aufgrund der hohen Nitratbelastung neue teure Brunnen bohren“, sagt März-Granda.

Für die Politikerin stelle sich hier die Frage, warum es ein ganzes Jahrzehnt für die Umsetzung eines Wasserschutzgebietes gebraucht habe. Fakt sei, so die Stadträtin, „dass die Stadtwerke jahrelang bemüht waren,

durch zeitnahe Stellungnahmen und Gutachten das Verfahren möglichst rasch umzusetzen.“ Der Haken dabei: Die Stadtwerke sind nicht Herr des Verfahrens.

Zuständig sind laut Elke März-Granda das Landratsamt Landshut und das Wasserwirtschaftsamt Landshut – und das Genehmigungsverfahren dort laufe eben seit nunmehr zehn Jahren.

Die ödp-Politikerin runzelt die Stirn: „Wie soll künftig die Kontrolle durch das Landratsamt erfolgen, damit Gülle, Kunstdünger, Herbizide und Pestizide, insbesondere die Ackergifte Atrazin und Desethylatrazin, nicht ins Trinkwasser gelangen?“